



# Belegschaftsinfo

Nr. 139, 29.8.2002

Information der Belegschaftsliste

für die Beschäftigten bei Bayer Wuppertal

## Hauptwerkstatt: Amputation beschlossen

Die Einspar- und Kürzungswelle rollt jetzt auch über die Hauptwerkstatt hinweg. Die Hauptwerkstatt soll aus dem Geb. 300 verschwinden und sich insgesamt verkleinern.

Im Mai 2002 startete eine Strukturanalyse im Bereich PH-OP-IT Elberfeld, um die Arbeitsprozesse und -abläufe zu untersuchen. Ziel sollte sein, die Effektivität der Instandhaltungsarbeiten einschließlich der Fremdfirmenaktivitäten zu untersuchen. Damals wurde den Beschäftigten und dem Betriebsrat der Eindruck vermittelt, dass die Kapazität der Werkstätten sich an die immer geringer werdende Produktion anpassen müsse. Dies sei aber nichts neues und zum zweiten biete ein mögliches Zurückholen von Fremdleistungen einen gewissen Spielraum.

Das bislang bekannte Ergebnis ist weit drastischer. Es scheint eine grundsätzliche Entscheidung getroffen, die Werkstatt aus Geb. 300 herauszuziehen, da die jährliche Miete von 400.000 Euro nicht länger aufzubringen sei. Doch ein Abziehen und Verlagern von KollegInnen und Maschinen in die Werkstattgebäude

156 und 160 ist nur begrenzt möglich. Denn sowohl der Maschinenpark aus Geb. 300 als auch die derzeit dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen finden eben keinen ausreichenden Platz in Geb. 156/160.

Dies ist auch nicht beabsichtigt. Denn mit der Entscheidung, das Geb. 300



als Bayer-eigenen Werkstatt-Standort aufzugeben, ist auch geplant, verschiedene Gewerke nicht mehr selbst zu betreiben sondern zukünftig über Fremdfirmen zu beziehen. Diesen Fremdfirmen, so ein Konzept, soll dann das Geb. 300 als „Fremdfirmen-Werkstattgebäude“ angeboten werden. Die Chemieparkvisionen des Werkleiters von der Linden dienen dabei als willkommenes Argument. Über die von einer solchen Umstrukturierung direkt betroffenen Ingenieur- und Büro - Bereiche wurde nichts gesagt.

### Diskussionsstand im Detail

Die Pumpenschlosserei soll erhalten bleiben, ob im gleichen Umfang, wurde nicht gesagt. Sie soll zukünftig im Geb. 156/160 beheimatet sein. Aufzugsschlosser ziehen in die Räumlichkeiten der Schreinerei, letztere wird aufgelöst. Die Blechslosserei, die Dreherei, die Rohrfertigung und der Apparatebau stehen auf der Liste der Streichungen, lediglich für Spezialaufgaben will die Werkstatt noch ansprechbar bleiben. Für diese Gewerke werden Fremdfirmen gesucht, auch die neugegründete Bayer-tochter BTS ist im Gespräch. Die Schlüsselschlosserei wird quasi aufgegeben, Kunststoffschlosserarbeiten und die Schilderwerkstatt werden nicht mehr fortgeführt.

Die Betriebswerkstätten sollen möglicherweise mit „umgeschulten personellen Überhang“ verstärkt werden. Allerdings soll das Prinzip von Handwerkern auf Schicht, insbesondere für die PLT- Kollegen kritisch geprüft werden. Sorgen macht den Kollegen jedoch die Ankündigung, auch ein PLT – Fremdfirmenstandort im Verbund mit anderen Unternehmen wie DuPont (ex- Herberts) im Geb. 300 anzusiedeln.

## Auf- oder Abbruchstimmung?

Während in den Bayer-internen Veröffentlichungen eine optimistische Aufbruchstimmung für die im Gang befindliche Aufspaltung des Unternehmens vermittelt wird, ist die tatsächliche Stimmungslage in der Belegschaft durch eine tiefe Verunsicherung, Unverständnis, Frustration und Wut geprägt. Man fragt sich, ob das Management schon einen solchen Realitätsverlust erlitten hat, dies nicht zu bemerken, oder ob die aufbauenden Plakate, Artikel und Chats im Intranet im Wissen um die Lage als Gegensteuern zu verstehen sind.

Wir tendieren zu Letzterem, stellen wir doch fest, dass man sich „Oben“ alle Mühe gibt, die Kommunikation zu bestimmen, während die Arbeitnehmer-

vertreter im Wesentlichen in einer Zuschauerrolle verharren oder sich als einfalllose Abwickler betätigen. Eigene Impulse, Vorschläge, Gegenpositionen oder gar Aktionen sind bei Betriebsrat und Gewerkschaft kaum wahrzunehmen.

Es ist höchste Zeit, eine eigene Strategie zu entwickeln. Wie Herr Burkhard auf der Betriebsversammlung sagte, wir haben in diesem Prozess unterschiedliche Interessen. Die Firma will so viele Leute wie möglich so billig wie möglich loswerden, während wir Arbeitnehmer unseren Arbeitsplatz und unser Einkommen erhalten wollen und müssen. Nun geht es darum, wie stark

Fortsetzung Seite 2

Seite 1: Amputation, Abbruch  
Seite 2: Glasreinigung  
Seite 3: Rauchen, Termine  
Seite 5: Internet, Mieter + Rechte  
Seite 6: Arbeitslos mit Hartz

Fortsetzung Seite 4

## Hauptwerkstatt: Amputation beschlossen

Auf der Abteilungsversammlung der PH-OP-IT-KollegInnen am 26. Juli ließen mehrere Kollegen ihrem Unmut freien Lauf. Die gute Arbeit der Handwerker, das Einhalten von Arbeitssicherheitsstandards und durchaus vergleichbare Stundensätze mit der Konkurrenz reichten als Argument nicht aus, um strategische Entscheidungen, Gewerke fremdzuvergeben oder aus Geb. 300 auszuziehen, in Frage zu stellen - selbst wenn die angeführten Fakten der betroffenen Mitarbeiter detailliert und nachvollziehbar waren. Entsprechend sauer und enttäuscht waren die anwesenden KollegInnen, da ihnen die Bayer-Durchhalteparole: „Wir müssen besser werden...“ wie blanker Hohn erscheinen muss. Trotz ständiger Verbesserungen im Handwerksbereich ist der Druck gewachsen, Kosten zu sparen und Stellen zu streichen. Für Unverständnis sorgte da natürlich der Wunsch von Herrn Pohl, „Verrechnungsziffern“ ermitteln zu wollen – auf Nachfrage wurde bestätigt, dass dies eine Leistungskontrolle der einzelnen Mitarbeiter ist.

### Personalkürzungen

Dass ein Auszug aus Geb. 300 und Verlagerung von „Restaktivitäten“ nach Geb. 156/160 nicht ohne Personalabbau abgewickelt wird, konnte der eingebundene IG BCE-Betriebsrat Langhammer zwar nicht verstehen, dieses machte Herr Pohl aber deutlich. Bis Ende 2004 stehen bereits jetzt 36 KollegInnen fest, die freiwillig aus Altersgründen ausscheiden. Dies wird aber - so Herr Pohl - vielleicht nicht ausreichen. Nach den Personalabbauvorgaben durch Schließung von Geb. 8a und Rebound folgt nun die

„Anpassung“ an die geplante verringerte Werkstattgröße.

Die notwendigen Veränderungen in der Werkstatt sollen möglichst noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Dr. Burkhardt (Ressortleitung Operations) sieht aufgrund der Strukturanalyse einen notwendigen (zusätzlichen?) Abbau von 35-50 Arbeitsplätzen, der bis zum Jahr 2006 zu realisieren sei. Für Mitte September hat Herr Pohl nähere Informationen zugesagt.



### Unsere Vorstellungen

Wir fordern die IT-Leitung auf, offen und ehrlich die KollegInnen wie vorab geplant, in die Gespräche einzubeziehen und laufend zu informieren.

Die Überlegungen und Vorschläge der Beschäftigten müssen in die Überlegungen und Entscheidungen mit einbezogen werden.

Vor einer Verlagerung von Werkstattaktivitäten und Versetzungen muss ein komplettes Konzept auf den Tisch gelegt werden. Beschäftigte und Betriebsrat müssen für alle derzeit beschäftigten KollegInnen wissen, wie ihre Zukunft aussieht. Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen müssen detailliert dargelegt werden.

Mögliche andere Arbeitsplätze, auch außerhalb der Werkstatt, mit evtl. notwendigen zusätzlichen Qualifizierungen müssen allen KollegInnen angeboten werden. Es darf nicht sein, dass einzelne „mit guten Verbindungen“ sich Ringeltäubchen sichern können.

Mitarbeitern ist bei Interesse ein

## Glasreinigung - bald dicht

Vor 2 Jahren wurde die Glasreinigung aus dem Geb. 403 nach Leverkusen verbannt. Damals mussten sich auch Elberfelder MitarbeiterInnen auf die unfreiwillige Reise begeben und fortan in Leverkusen für die Elberfelder Forschung den Betrieb aufrecht erhalten.

Mittlerweile ist die Glasreinigung auf 4 KollegInnen geschrumpft (worden). Im Juli 2002 wurde den KollegInnen jetzt das „AUS“ der Glasreinigung verkündet: Ab Oktober 2002 soll ihr Bereich ganz geschlossen werden.

Den betroffenen 4 KollegInnen, die zum Teil nicht über Auto oder Führerschein verfügen, wurden unakzeptable 2-Schicht-Ersatzarbeitsplätze in Leverkusen angeboten.

Völlig unklar ist bislang, wie der Bedarf an gespülten Glasgeräten zukünftig für alle Kundenbereiche in Elberfeld sichergestellt werden soll. Einzelne betroffene Abteilungen haben eine vergleichbare Leistung durch Fremdeinkauf zumindest bezweifelt.

Wir fordern die zuständige Elberfelder Abteilungsleitung auf, annehmbare und mindestens gleichwertige Arbeitsplätze in Tagschicht anzubieten. Eine Fürsorge für langjährige Elberfelder KollegInnen darf nicht bedeuten, sie erst nach Leverkusen abzuschleppen und sie dann dort mit Arbeitsplatzverlust in Aufhebungsverträge zu drücken.

Wie war das noch: „Der Mensch ist unser höchstes Gut....“

Teilzeitarbeitsplatz anzubieten.

Das vom Arbeitgeber gewünschte Ausscheiden von MitarbeiterInnen muss attraktiver gestaltet werden:

**1. Altersteilzeit muss für alle 55jährigen und ältere KollegInnen sofort möglich sein.**

**2. Die Bedingungen für Aufhebungsverträge mit Abfindungen ( auch 55er-Regelung = Frühruhestand) müssen verbessert werden.**

**Betriebsräte der Belegschaftsliste;** V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

**Klaus Annuß**, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;  
**Gonda Dörschelln**, PH-OP ELB QW, Geb.302,Tel. 2816  
**Siegbert Hufschmidt**, Betriebsrat, Geb.54, Tel. 7543  
**Björn Reitz**, PH-OP ELB AQ, Geb.302, Tel. 2765  
**Beatrix Sassermann**, PH-R EU SID, Geb. 459, Tel. 4284

**Michael Schmidt-Kießling**, Betriebsrat, Geb.54, Tel.2546  
**Gabi Stallony**, PH-R EU-CF (CWL), Geb. 460, Tel. 5519  
**Gerd-Peter Zielezinski**,PH-OP-ELB Betr. 2/4 ,Geb 16, Tel. 2567  
*Erste Ersatzmitglieder:*  
**Ulrich Franz**, PH-R EU CF (CWL), Geb. 455, Tel. 4475  
**Ralf Hochwald**, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

**Die Belegschaftsliste im Internet: [www.belegschaftsliste.de](http://www.belegschaftsliste.de)**

# Rauchfrei am Arbeitsplatz

In Deutschland sterben täglich mehr als 300 Menschen, weltweit jährlich über 4 Millionen Menschen nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO an den Folgen des Rauchens.

Für 1993 wurden Gesamtkosten von 33,8 Mrd. DM errechnet, davon z.B. 9,3 Mrd. DM für medizinische Versorgungskosten. Der größte Teil der Kosten, und zwar 24,5 Mrd. DM, geht für Arbeitsausfälle drauf. Diese Ergebnisse der WHO werden von Experten als eher konservative Schätzung eingestuft.

Über die Gesundheitsschäden, die Raucher sich und anderen zufügen, gibt es heute keine kontroverse Diskussion mehr. Erschreckend ist allerdings, dass gleichzeitig der Schutz der Nichtraucher jahrzehnte lang defensiv diskutiert und gehandhabt wurde.

Heute ist klar: Passivraucher erleiden – wenn auch im geringeren Ausmaß und in geringerer Häufigkeit – die gleichen akuten und chronischen Gesundheitsschäden wie Raucher. Passivrauchen erhöht das Risiko für chronische Bronchitis, infektiöse Lungenentzündung und neu auftretende Asthmaanfälle um etwa 50 %.



Arbeitsstättenverordnung wurde am 31. Mai 2001 mit großer Mehrheit im Deutschen Bundestag angenommen. Absatz 1: „Der Arbeitgeber hat die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die nicht-rauchenden Beschäftigten in Arbeitsstätten wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch geschützt sind.“ Diese Neuregelung der gesetzlichen Grundlage für ein betriebliches Miteinander von Rauchern und Nichtrauchern deckt sich mit der im Laufe der Jahrzehnte restriktiver werdenden Arbeitsrechtssprechung.

## Auch bei Bayer sind Neuregelungen notwendig

Jetzt ist der Arbeitgeber aufgefordert, diese Vorgaben betrieblich umzusetzen.

Statt ein einfach angeordnetes Rauchverbot erscheint uns aber ein differenziertes Vorgehen sinnvoll:

- F Informationen an zentralen Stellen und auf Veranstaltungen
- F Ein betriebliches Angebot von Raucherentwöhnungsmaßnahmen
- F Ein generelles Rauchverbot, auch in Kantinen, Versammlungsräumen, etc.

- F Aktive Vorbildfunktion von Vorgesetzten
- F Weitere Aktionen und Hilfen zur Umsetzung der Rauchbeschränkung und zur Raucherentwöhnung

## Aktuelle und neue Broschüren

Die schon bekannten Broschüren der Belegschaftsliste zu verschiedenen Sachthemen sind aktualisiert und weitere hinzugekommen:

- F Wissenswertes von A - Z (Stand: Mai 2002)
- F Broschüre zur Altersteilzeit (Stand Juni 2002)
- F Arbeitsplatzbroschüre zur Arbeitssicherheit (Stand: März 2001)
- F Merkblatt zu Aufhebungsverträgen (Stand: Juli 2002)
- F Entgeltbroschüre (Stand: Juli 2002)
- F Mutterschutz und drum herum (Stand: Juli 2002)
- F Renten - Broschüre kommt in Kürze

Alle Broschüren sind im Internet unter [www.belegschaftsliste.de](http://www.belegschaftsliste.de) oder über unsere Betriebsräte erhältlich.

- F Einrichtung von arbeitsplatznahen Raucherräumen

Mit der Regelung des neuen § 3 der Arbeitsstättenverordnung kommt es jetzt nicht mehr auf die Durchsetzungsfähigkeit der Nichtraucher an, wenn es um ihren Schutz vor dem Passivrauchen geht. Arbeitgeber, Arbeitssicherheitsfachkräfte, Ärztliche Abteilung und Betriebsräte müssen tätig werden, wenn gegen § 3 Abs. 12 Arbeitsstättenverordnung verstoßen wird. Wenn sie allerdings der Aufforderung einzuschreiten nicht nachkommen, wird die Information des "Staatlichen Amt für Arbeitsschutz" genügen, um den Arbeitgeber zu einer Schutzregelung zu veranlassen. Jedenfalls wird im Normalfall niemand mehr ein Gericht bemühen müssen.

## Gesetzliche Grundlage verbessert

Im Zentrum der arbeitsschutzrechtlichen Regelung zum Nichtraucherschutz steht seit ihrem Erlass 1975 die Arbeitsstättenverordnung.

Der neue § 3a der

## Termine --- Termine --- Termine --- Termine --- Termine --- Termine --- Termine

§	31.08.2002	11.00 Uhr	Demonstration zum Antikriegstag, Willy-Brandt-Platz
§	03.09.2002	16.30 Uhr	Belegschaftslisten – Versammlung, Alte Feuerwache
§	03.09.2002	19.00 Uhr	„Hände weg von unserem Gesundheitssystem“, BL – Veranstaltung mit Daniel Kreutz von Attac, Alte Feuerwache
§	07.09.2002	10.00 Uhr	„Stoppt den NPD-Aufmarsch in Wuppertal“, Demonstration und Kundgebung, DGB und weitere Veranstalter, Rathausvorplatz in Barmen
§	14.09.2000	11.00 Uhr	Aktionstag „Gegen neoliberale Politik und für eine Globalisierung von unten“, DGB – Jugend und attac in Köln
§	22.09.2002	11.15 Uhr	Fahrradtour der Belegschaftsliste mit Picknick in's Neandertal, ab und bis S-Bahnhof Vohwinkel
§	30.09.2002	19.30 Uhr	Informations- Veranstaltung der Belegschaftsliste zu Kolumbien, Alte Feuerwache

# Ab- oder Aufbruchstimmung?

jede Seite ihre Interessen durchsetzen kann. Sicher, die Arbeitnehmerseite ist bei den Wirtschaftsprozessen strukturell benachteiligt und kann nicht grundlegenden Einfluss auf die Geschäftsentscheidungen nehmen. Aber es gibt ein gesetzliches Instrumentarium und darüber hinausgehenden Möglichkeiten, die den Arbeitnehmervertretern mehr als eine Statistenrolle ermöglichen.

## Alternativen

Wenn man der Financial Times vom 7. August glauben darf, hält Bayer mittlerweile auch eine Minderheitenposition bei HealthCare nicht mehr für ausgeschlossen. Dies und die Verzögerung bei Vardenafil, dessen Produktion ja Ersatzarbeitsplätze bedeuten sollte, machen es noch dringlicher, dass der Betriebsrat ein eigenes Konzept hat. Von Bayer muss ein Gesamtplan mit den diskutierten Szenarien verlangt werden, der es



ermöglicht, den Gesamtumfang der Maßnahmen auch über 2003 hinaus abzusehen. Die zur Zeit betriebene Salamtaktik, bei der die Bereiche einzeln abgewickelt werden, halten wir für unakzeptabel.

Auf der Basis von umfassender Information könnte der Betriebsrat die geplanten Maßnahmen kritisch hinterfragen und ggf. mit den und für die Betroffenen Vorschläge entwickeln, die die sozialen Aspekte (Betriebszugehörigkeit, Alter, Familienstand/Kinder, Wohnort etc.) in den Vordergrund stellen. Man darf den Abbau nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen, an dessen Ende der/die-jenigen im Pool landen, die sich nicht einen anderen Arbeitsplatz haben besorgen können.

## Vorgaben nicht einfach schlucken

Vor allem aber dürfen die Vorgaben der Firma nicht einfach geschluckt. Es muss um jeden Arbeitsplatz gekämpft werden! Eine soziale **Arbeitszeitverkürzung**,

Rückkehrzusagen bei Versetzungen, Verbesserung der

Altersteilzeitmöglichkeiten, deutlich höhere Abfindungen, attraktive

Sabbatjahr-Angebote, Rückholen von Fremdleistungen (Insourcing), Qualifikationskonzepte, ggf. auch Kurzarbeit sind nur einige der Ideen, die Arbeitnehmervertreter verfolgen müssten. Man könnte sich auch ein Beispiel am Eurobetriebsrat von Roche-Diagnostic (ex-Boehringer Mannheim) nehmen, der gerade eine europaweite Unterschriftensammlung gegen den Arbeitsplatzabbau bei der Vitaminsparte gestartet hat. Der Siemensgesamtbetriebsrat hat eine ähnliche Initiative ergriffen.

Wichtig ist auch, die traumtänzerischen Vorgaben für Gewinne von 15% oder gar über 20% abzulehnen. Wenn das akzeptierte Ziele sind, kann man damit jeglichen Arbeitsplatzabbau begründen. In der heutigen Zeit solche Zahlen in die Welt setzen, können wir nur als realitätsfern betrachten.

## Abschied vom Neoliberalismus?

Angesichts der weltweiten Krise, gekennzeichnet durch Börsen-Crashes und gigantische Firmenbankrotte sind es nicht mehr nur die "Globalisierungskritiker", die aus Sorge um verarmende Kontinente, zerstörter Sozialsysteme und kaputter Umwelt das neoliberale Wirtschaftsmodell in Frage stellen. Selbst auf den Kommandohöhen der Wirtschaft macht man sich Sorgen und zieht

sogar Vergleiche zu den 30er Jahren. Um nicht der Ideologielastigkeit bezichtigt zu werden, verweisen wir auf die Financial Times (s. Kasten).

Stellt sich die Frage, wann die Gewerkschaften endlich die Kurve kriegen. Sie bejammern zwar gerade die nicht eingehaltenen Zusagen der Arbeitgeber im "Bündnis für Arbeit", da nicht die Anzahl an Arbeits- und Ausbildungsplätzen geschaffen wurden, für die wir jahrelang Lohnverzicht geübt haben, während sich die Manager die Taschen füllten. Die Gewerkschaften haben den Verheißungen über die große Marktfreiheit Glauben geschenkt und versprochen, dass der Niedergang der traditionellen Industrien wie Stahl und Kohle durch den Aufstieg der New Economy ausgeglichen würde. Worldcom und Telekom lassen grüßen, aber schon werden die nächsten Kröten der Harztkommission auch wieder geschluckt.

**Kolumne: Rückwärts aus der Krise** (<http://www.ftd.de/pw/in/1028720499257.html>) aus **Financial Times Deutschland**

*Das akute Finanzdesaster trägt dazu bei, dass Globalisierung und Liberalisierung als Paradigmen der Wirtschaftspolitik in Verruf geraten - ob zu Recht oder nicht: Das erinnert bedenklich an die 30er Jahre.*

... Die Zeichen mehren sich, dass Wirtschaftskrise und Börsenturbulenzen einen Trend beschleunigen, der zum Rückschlag für die liberal orientierte Globalisierung der vergangenen 25 Jahre werden könnte. Und zumindest das erinnert durchaus an die Folgen des Crashes von 1929, der jetzt immer wieder zitiert wird...

## Das Leitmotiv wankt bereits

... Einigermaßen sicher ist, was Historiker einmal über die 70er bis 90er Jahre sagen werden. Allen Ausreißern zum Trotz folgten Wirtschaftspolitiker fast weltweit dem Motto, dass Märkte liberalisiert und nicht reguliert werden sollten und der Staat sich am besten heraushält - weshalb Politiker Post, Telekommunikation oder Energiesektor privatisierten, Preis- und Lohnkontrollen sowie Beschränkungen des Kapitalverkehrs abschafften und auch sonst alles gut fanden, was Manager mit ihrer neuen Freiheit taten - selbst dann noch, als es zu astronomischen Aktienkursen führte bei Unternehmen, die selbst nicht wussten, wie sie je Gewinn machen sollten....

**Kolumne: Abschied vom liberalen Leitmotiv** (<http://www.ftd.de/pw/in/1028174404609.html?nv=arser>) aus **Financial Times Deutschland**

...Die Krise des Kapitalismus liegt weniger darin, dass einige Unternehmen kriminell wurden. Die jüngsten Turbulenzen nähren vielmehr Zweifel an den Errungenschaften von Thatcherismus und Reaganomics...

...Die kriminelle Energie einiger Bilanzfälscher erweist sich bestenfalls als Auslöser und nicht als Ursache der jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten. Größere Gefahr droht dem Kapitalismus dadurch, dass mit der schwelenden Wirtschafts- und Börsenkrise der Jahre 2001/02 das Ende einer Ära von knapp drei Jahrzehnten nahen könnte, in denen die Wirtschaftspolitik fast überall auf der Welt stark vom Dreiklang aus steter Liberalisierung, Deregulierung und Globalisierung geprägt war...

Natürlich empfehlen wir nicht nur die Lektüre der Financial Times. Man kann auch bei Noam Chomsky oder mit "Global Brutal" von Michel Chossudovsky sein Wissen über die Weltwirtschaft vertiefen.

# Internetnutzung endlich Thema

Im Zusammenhang mit Untersuchungen über "Unregelmäßigkeiten" in der Druckerei, Geb. 402 wurde deutlich, dass LotusNotes Postkörbe, Festplatten, Laufwerke und die Internetnutzung von Werkschutz, Konzernrevision und Betriebsräten durchforstet wurden. Sicher hat die Firma das Recht bei begründetem Verdacht auf Missbrauch ihrer Arbeitsmittel oder Arbeitszeit, Kontrollen durchzuführen. Aber wie sieht es im Normalfall aus?

Die Technik erlaubt eine umfassende Kontrolle, der Gesetzgeber gibt dem Betriebsrat daher Mitbestimmungsrechte. Und die Bayer AG hat in Zeiten der visionärer Offenheit, geprahlt, dass grundsätzlich alle Mitarbeiter Internetzugang erhalten. Dann plötzlich wurde mitgeteilt, dass eine private Nutzung nicht erlaubt sei. Konnte bei der ursprünglichen Freigabe davon ausgegangen werden, dass alle MitarbeiterInnen dienstlich begründete Anwendungen haben? Wohl kaum. Bayer hat stillschweigend ein private Nutzung hingegenommen oder sogar erwartet/provoziert. Die MitarbeiterInnen sollten sich mit neuer Technik vertraut machen, kreativ sein und Hemmungen abbauen.

**Blitzampeln auf der Datenautobahn?**  
Davon will man jetzt anscheinend nichts

mehr wissen. Aufgrund eines Direktionsrundschreibens befindet sich jeder in der Illegalität, der ohne dienstlichen Auftrag im World Wide Web surft. Die Abgrenzung zwischen dienstlich und nicht dienstlich ist manchmal genauso unklar, wie die WebSite-Strukturen, durch die man plötzlich unbeabsichtigt vom Intranet ins Internet gelinkt wird.

Um das Vorgehen der Daten-Kontrollen transparent zu gestalten, unnötige Kontrollen zu unterbinden, eine gewisse persönliche Vertraulichkeit der Kommunikation zu gewährleisten und eine private Internetnutzung im bestimmten Umfang zu ermöglichen, hat die Belegschaftsliste Anfang Juli erneut einen Antrag (siehe [www.belegschaftsliste.de](http://www.belegschaftsliste.de)) im Betriebsrat eingereicht. Ziel ist es, mit dem Arbeitgeber zu einer Vereinbarung zu kommen, die die vorgenannten Interessen der Beschäftigten mit dem berechtigten Schutzinteresse der Firma in Einklang bringt, die Klarheit für alle Beteiligten schafft und Disziplinarmaßnahmen vermeidet. In immer mehr Firmen wird private Internetnutzung zum Kündigungsgrund. Wir hoffen, dass die dem zuständigen Ausschuss vorliegenden Entwürfe möglichst schnell in eine gute Betriebsvereinbarung umgesetzt werden können.

## Mieter hat sich gegen die BayWoGe durchgesetzt

Was für alle anderen Mieter ein selbstverständliches und verbrieftes Recht ist, war bei der Bayer AG und der Bayer-Wohnungsbau-Gesellschaft nur über Rechtsanwalt und Gericht zu erreichen: eine Mietminderung als Reaktion auf Mängel beim Mietgegenstand. Die Miete wurde bisher generell mit allen Nebenkosten zwangsweise direkt vom Entgelt abgezogen.

Beim Mieterbund Wuppertal wurde diese mit dem Gesamtbetriebsrat getroffene Regelung bereits vor Jahren kritisiert.

Jetzt hat sich ein Mieter der BayWoGe aus der Duisbergstraße durchgesetzt: er kann ab sofort die Miete selber einzahlen, wenn er möchte. Dazu wurde ihm die entsprechende Bankverbindung mitgeteilt.

Wer ebenfalls aus berechtigten oder auch prinzipiellen Gründen seine Miete aus dem Zwangsabzug durch Bayer heraushaben möchte, melde sich bei uns oder Herrn Krämer, Tel: 36-7792.

Über die in den Nebenkosten enthaltenen Hausmeisterkosten streitet der Mieter zur Zeit mit der BayWoGe, da er die Meinung vertritt, diese seien zu Unrecht aufgeführt. Wir werden hierzu weiter berichten.

## DA WAR DOCH WAS? BELEGSCHAFTSLISTENFEST, SCHÖNES WETTER UND ALLE WAR'N DABEI



Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen.

Unsere Konto-Nr.: 4760625, Commerzbank Wpt., BLZ 33040001, Kennwort :  
Hochwald/Belegschaftsliste

# Hartz macht arm

Am 16. August wurde der mit viel Vorschusslorbeeren bedachte 355-Seiten Bericht mit dem Titel „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ dem Bundeskanzler übergeben. Die Auswirkungen dieser Vorschläge werden einschneidend für alle Beschäftigten sein. Sieht man sich die Zusammensetzung der Kommission an, kommen einem die zwei VertreterInnen der Gewerkschaften wie ein Feigenblatt vor. Auf Vertreter der Arbeitslosenvereinigungen in der Kommission hat man vorsorglich ganz verzichtet. Die Vertreter aus Industrie und Arbeitgeberverbänden haben die Mehrheit. Auch wenn der oberste Arbeitslosenverwalter Gerster, der sich mit Sprüchen wie: „Arbeitslose dürften nicht ungerecht bestraft werden“ in der Öffentlichkeit profiliert, nur beratendes Mitglied war, ist die Zielrichtung der Ergebnisse eindeutig, die Arbeit in Deutschland muss viel billiger werden. Das

fängt mit den Arbeitslosen an und führt mittelfristig zu einem rasanten Abbau der Tarifeinkommen für alle Beschäftigten. Die Leiharbeit mit neuen niedrigen Tarifeinkommen soll zum Regelarbeitsverhältnis gemacht werden, wofür die

bis jetzt vorhandenen gesetzlichen Beschränkungen ersatzlos gestrichen werden sollen. Probearbeit zum Arbeitslosengeld soll für alle Arbeitslose verbindlich werden.

Mit den Arbeitslosen ab 55 will die Kommission die Quadratur des Kreises durchsetzen. Sie sollen auf eigenen Wunsch aus der Arbeitslosenvermittlung ausgegliedert werden, **BridgeSystem**. Das bedeutet den Verzicht auf das Arbeitslosengeld oder die Betreuung durch das JobCenter. Dafür sollen sie das maximale Arbeitslosengeld in anderer Form auf 5 Jahre verteilt bis zum Renteneintritt mit 60 Jahren erhalten können. Das **BridgeSystem** soll stufenweise bis zum Jahr 2005 wieder abgebaut werden. Grundsätzlich soll zukünftig jeder

Beschäftigte bis zum Rentenbeginn mit 65 Jahren arbeiten. Den Arbeitgebern soll die dauerhafte befristete Beschäftigung ab 50 Jahre ermöglicht werden. Auch ein niedrigeres Einkommen ist zumutbar, dafür gibt es die **Lohnversicherung**, (teilweiser Ausgleich des Nettoeinkommensverlustes).

**Im Alter muss jeder bereit sein auch arm zu werden.**

Der Beitrag für Arbeitslose zur Arbeitslosenversicherung soll bei Aufnahme einer Beschäftigung abgesenkt werden. Dem Unternehmer wird der Beitrag für ein Jahr komplett erlassen um damit bis zu 1000 Euro zu sparen.

Die Einstellung älterer Arbeitsloser oder Beschäftigung bis 65 Jahre ist vollkommen praxisfremd, da alle Unternehmen ältere Beschäftigte „sozialverträglich“ los werden wollen und nicht weiterbeschäftigen bis zum regulären Rentenalter. Vollkommen ausge-

blendet wird die gesundheitliche Situation älterer Beschäftigter, weil das Durchschnittsalter der Erwerbsunfähigkeit unter 59 Jahren liegt. Aber es wird auch daran gearbeitet, die Erwerbsunfähigkeitsrente immer mehr zu erschweren.

## Alter Wein in neuen Schläuchen der JobFloater

Neueinstellungen von Arbeitslosen sollen mit

100.000 Euro je Arbeitsplatz durch günstige Kredite finanziert werden. Dafür sollen jährlich für 100.000 Arbeitsplätze 10 Mrd. Euro bereitgestellt werden. Wie damit 2 Mio Arbeitslose bis 2005 Arbeit bekommen sollen, können wohl nur die Rechenkünstler der Kommission nachvollziehen. Solche Subventionierung zur Schaffung von Arbeit hat bisher noch nicht zum Erfolg geführt.

Viele Vorschläge sind nur sehr nebulös und wage formuliert und lassen bei der Umsetzung weite Spielräume. Die Frage, woher die Investitionen in Wirtschaft oder öffentlicher Hand kommen sollen, die alleine neue Arbeitsplätze im real existierenden Kapitalismus bewirken können, bleibt offen. Dass die Gewerkschaftsvertreter dem weiteren Abbau des Arbeitsrechts für

Beschäftigte zugestimmt haben, lässt für die Zukunft noch mehr befürchten: neue niedrigere Tarife für Leiharbeiter, die zu einer Absenkung aller Tarife führen werden. Die Kaufkraft der Beschäftigten wird weiter gesenkt und die Binnenwirtschaft weiter geschwächt. Wachstum nur mit Exporten zu erreichen, bringt keine wirtschaftliche Stabilität.

Wer sich mit der Geschichte der zwanziger Jahre im letzten Jahrhundert befasst hat, sieht die Parallelen der Ereignisse. Die hohe Arbeitslosigkeit ließ die Gewerkschaften dem Lohnverzicht zustimmen. Tarifabsenkungen von 20 % und mehr wurden durchgesetzt. Das haben wir in einigen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im Bereich der IG BCE schon heute. Das Ergebnis ist bekannt, Weltwirtschaftskrise..... Aus der Geschichte lernen war einmal der Slogan einer Partei. Der Kanzler dieser Partei will jetzt das Kommissionsergebnis ohne Abstriche umsetzen und nicht zerreden lassen. Zerreden wäre zu wenig, zerreißen wäre besser.

Der Bericht kann im Internet beim Bundesministerium für Arbeit oder unter [www.chemiekreis.de](http://www.chemiekreis.de) bezogen werden.

### Kommissionsmitglieder

**Dr. Peter Hartz**, Vorsitzender der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, Volkswagen AG, Personalvorstand

**Dr. Norbert Bense**, Deutsche Bahn AG, Vorstand Personal

**Dr. Jobst Fiedler**, Roland Berger Satstrategy Consultants

**Heinz Fischer**, Deutsche Bank AG, Abteilungsleiter Personal

**Peter Gasse**, IG-Metall Nordrhein-Westfalen, Bezirksleiter

**Prof. Dr. Werner Jann**, Universität Potsdam

**Dr. Peter Kraljic**, McKinsey & Company Düsseldorf, Direktor

**Isolde Kunkel-Weber**, ver.di, Mitglied des Bundesvorstands

**Klaus Luft**, Market Access for Technology Services GmbH

**Harald Schartau**, Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW

**Wilhelm Schickler**, Bundesanstalt für Arbeit, Präsident des Landesarbeitsamts Hessen

**Hanns-Eberhard Schleyer**, Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Generalsekretär

**Prof. Dr. Günther Schmid**, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin

**Wolfgang Tiefensee**, Stadt Leipzig, Oberbürgermeister

**Eggert Voscherau**, BASF AG, Mitglied des Vorstands

**Beratende Mitglieder**  
Gerd Andres, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Staatssekretär

Florian Gerster, Bundesanstalt für Arbeit, Vorstandsvorsitzender

Dr. Albert Peters, Bundesministerium der Finanzen  
Gabriele Teichmann-Schulz, Bundesrechnungshof

